

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

9.3.1925 (No. 57)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
E. K. M. v. d.
Rachle

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstag 15 Goldpfennig. -- Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Gehentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassarabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige werbe-Berichtungen und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. -- Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Aufnahme von Schülern in die Höheren Schulen

Der Minister des Kultus und Unterrichts veröffentlicht folgende Bekanntmachung über die Aufnahme von Schülern in die unterste Klasse der Höheren Schulen auf Beginn des kommenden Schuljahres:

1. Ausnahmeweise können an Ostern 1925 neben den Kindern, die der vierjährigen Grundschulpflicht voll genügt haben, begabte Schüler und Schülerinnen in die Höheren Schulen aufgenommen werden, wenn sie an Ostern 1922 nach den §§ 2, 3 und 9 der Schulordnung für die Volksschulen vom 12. Dezember 1913 zum Eintritt in die Volksschule verpflichtet und berechtigt waren. Die Zulassung der zuletzt genannten Kinder zur Aufnahmeprüfung wird an die Bedingung geknüpft, daß das Abgangszeugnis der bisher besuchten Schule mindestens die Durchschnittsnote „gut“ aufweist.

2. Die Aufnahme wird in allen Fällen von dem Bescheide einer Aufnahmeprüfung abhängig gemacht. Die Aufnahme der ausnahmeweise zur Prüfung zugelassenen Kinder erfolgt nur, wenn das Prüfungsergebnis „gut“ gewesen ist. Um ein sicheres Urteil über die Leistungsfähigkeit dieser Schüler gewinnen zu können, wird daher deren Prüfung besonders sorgfältig durchgeführt.

3. In der Aufnahmeprüfung (§ 10 der Schulordnung für die Höheren Lehranstalten vom 8. März 1904) ist nachzuweisen:

- a) Fertigkeit im Lesen in deutscher und lateinischer Druckschrift;
 - b) Übung in orthographischen Niederschreiben diktierter deutscher Sätze, sowie Fertigkeit im Gebrauch der lateinischen Schrift;
 - c) Kenntnis der vier Rechnungsarten in unbenannten Zahlen von 1—10 000; beim schriftlichen Teilens jedoch nur mit einstelligem Teiler.
- Die Aufnahme erfolgt in jedem Falle auf Probe bis Pfingsten.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich in der Woche vom 26. Februar bis 4. März weiter etwas gebessert. Vor allem trifft dies auf den männlichen Arbeitsmarkt zu. Klammern am 25. Februar auf 100 offene Stellen 1804 Arbeitsjünglinge, so sind es jetzt noch 1476 männliche Arbeitsjünglinge. Ingesamt entfallen am 4. März auf 100 offene Stellen 822 Arbeitsjünglinge gegenüber 926 am 25. Februar. Absolut ist die Zahl der Arbeitsjünglingen zurückgegangen (31 422 gegenüber 33 428 am 25. Februar), die der offenen Stellen gestiegen (3823 gegenüber 3609 am 25. Februar). Auch die Zahl der unterfüglichen Erwerbslosen ist weiter gesunken, und zwar um 450, sie beträgt am 4. März noch 16 565.

In einzelnen zeigt sich etwa folgendes Bild der Arbeitsmarktlage:

Der Beschäftigungsgrad der metallverarbeitenden Industrie hat weiter etwas angezogen. Die Nähmaschinenindustrie und der Lokomotivbau in Karlsruhe hat weiter Bedarf an Facharbeitern. Auch in der Mannheimer Metallindustrie, ferner an den übrigen Hauptplätzen der Metallverarbeitung besteht Nachfrage nach Arbeitskräften. In der Pforzheimer Schmiedewarenindustrie arbeiten 3—4000 Personen weiter mit Überstunden, Kurzarbeit kommt nur in ganz geringem Maße vor.

In der Textilindustrie des Wiesentales sind Arbeitskräfte stark gesucht. Verlangt werden Posamentierinnen, Zettlerinnen und Winderinnen. Zwischenzeitlich ist die Lage gleich geblieben an der großen Wohnungsnot in Vörrach. In Mannheim war die Vermittlungstätigkeit für weibliche Arbeitskräfte recht lebhaft.

Das Holzgewerbe ist überwiegend verhältnismäßig gut beschäftigt; vor allem Schreiner sind an verschiedenen Plätzen sehr gesucht.

Biel weniger günstig liegen die Beschäftigungsverhältnisse in der Tabakindustrie; aus sämtlichen tabakindustriellen Hauptgebieten wird über eine Verschlechterung der Lage, die sich in Arbeiterentlassungen größeren Umfangs auswirkt, berichtet.

Im Bekleidungsgebiete hält die Besserung an. Schneider, d. h. vor allem Großstädter, sind sehr gesucht. Dagegen ist für Kleintüchler die Lage nicht ebenso günstig.

In Mannheim kamen die während der Faschingszeit beschäftigten Friseurgrößen wieder zur Anmeldung, das Angebot an Arbeitskräften vermehrte sich.

Im Baugewerbe entwickelte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften verschiedener Art weiter. Teilweise erreichte sie schon größeren Umfang.

Im Musik- und Gastwirtsgebiete sind Beschäftigungsmöglichkeiten, wie sie sich in der Karnevalszeit boten, nicht mehr vorhanden; das Angebot von Arbeitskräften steigt. Im Baden-Badener Fremdengebiete sind Köchinnen immer noch gesucht.

Die Reichspräsidentenwahl

In der Kandidatenaufstellung zur Reichspräsidentenwahl ist nun die Sozialdemokratie selbständig vorgegangen. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat am Samstag einstimmig beschlossen, eine eigene Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl anzustellen und den früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu bitten, diese Kandidatur anzunehmen. Parteiauswahl und Reichstagsfraktion schlossen sich diesem Beschluß des Parteivorstandes einstimmig an. Otto Braun erklärte sich daraufhin zur Annahme bereit.

Die Zentrumspartei berief zur Besprechung der Reichspräsidentenwahl den Reichsparteivorstand für den morgigen Dienstag, nachmittags 6 Uhr, und den Reichsparteiauswahl für Mittwoch, den 11. März, vormittags 10 Uhr, nach Berlin in den Reichstag ein. Bei Besprechungen der Vorstände der Reichstags- und Landtagsfraktion des Zentrums am Sonntag hat es sich, wie aus Berlin berichtet wird, lediglich um eine Vorberatung in der Kandidatenfrage gehandelt. Die Entscheidung bleibe dem Parteiauswahl des Zentrums vorbehalten. Die Gerichte, nach denen der frühere preussische Ministerpräsident Stegwald als gemeinsamer Kandidat aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten in Frage kommen könnte, werden als wenig glaubwürdig angesehen.

Zu der Meldung, daß ein Arbeitsauswah der Reichspartei und anderer wirtschaftlicher und kultureller Organisationen, der sich mit der Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten befaßt, sich über eine gemeinsame Kandidatur geeinigt habe, und der frühere Reichsinnenminister Jarres vorgeschlagen werden soll, erklärte Bergt in einer Rede zu Köln auf dem dort abgehaltenen rheinischen Parteitag der Deutschnationalen, daß die Nachricht den Tatsachen vorantel. Dieser habe sich die bayerische Volkspartei, auf deren Mitwirkung man großen Wert lege, noch nicht entschieden, so daß die Entscheidung noch bis Mitte der nächsten Woche auf sich warten lassen werde. Der Berliner „Montag“ will wissen, daß die offizielle Proklamierung des Kandidaten der rechts stehenden Gruppen nicht vor Mittwoch erfolgen dürfte. Das Blatt hält es für möglich, daß es noch zu Verhandlungen mit dem Zentrum komme, die vielleicht zu einer gemeinsamen Kandidatur aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten führen könnten.

Die Eisenbahnerbewegung

hat am Sonntag keine nennenswerte Ausdehnung erfahren, trotzdem Verhandlungen am Samstag gescheitert sind.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hatte den am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften folgenden Vorschlag gemacht: „Der Generaldirektor schlägt wiederholt vor, über die Erhöhung der Ortslohnzulagen ab 1. März zu verhandeln und ist bereit, im letzten Drittel des Monats März die Frage der allgemeinen Lohnenerhöhung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse erneut mit den Gewerkschaften zu prüfen. Der Generaldirektor ist einverstanden damit, daß eine gemeinschaftliche Kommission zur Beratung etwa bestehender Härten in der Diensttauer eingesetzt wird.“ Die Gewerkschaftsvertreter gaben darauf folgende Antwort: „Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, diesen Vorschlag anzunehmen. Sie müssen ihn zu ihrem Bedauern ablehnen. Wenn die Verwaltung andere Vorschläge nicht zu machen hat, dann betachten die Gewerkschaften die Verhandlungen als ergebnislos.“

Über die Lage berichten die Blätter, daß die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen beschlossen haben, nachdem die Verhandlungen mit der Reichsbahnverwaltung abgebrochen worden sind, eine gemeinschaftliche Erklärung abzugeben, durch die der Streik in den Bezirken, die bereits in Ausstand getreten sind, also hauptsächlich in Sachsen, anerkannt würde, im übrigen aber die Arbeiterschaft vor weiteren Arbeitsniederlegungen zu warnen, bis in den für Montag angesetzten Gewerkschaftsbefprechungen näheres vereinbart worden ist. Der Streik hat sich nunmehr auch auf sämtliche Berliner Güterbahnhöfe ausgedehnt.

Wie eine Korrespondenz mitteilt, beriefen alle vertragschließenden Organisationen der Eisenbahner zu Mittwoch die ständigen Körperschaften ein, um Stellung zur Lage zu nehmen.

Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen 7. Prinz Friedrich Wilhelm v. Preußen ist heute Montag gegen 3 Uhr im Beisein König bei Dresden gestorben. Prinz Friedrich Wilhelm war der jüngste Sohn des Prinzen Albrecht, Regent zu Braunschweig. Er war, ehe er den Staatsdienst verließ, Landrat des Kreises Franckenstein in Schlesien.

Lebeshour 75 Jahre. Der bekannte sozialdemokratische Parlamentarier Georg Lebeshour feierte am Samstag seinen 75. Geburtstag.

Der Magdeburger Prozeß in der Berufungsinstanz. Die in parlamentarischen Kreisen verläutet, beginnt der Prozeß gegen Hoffardt in der Berufungsinstanz vor dem Magdeburger Landgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rudolf am 10. März. Die Nebenlage des Reichspräsidenten ist durch das Ableben des Klageheilers hinfällig geworden.

Deutscher Reichstag

Die Aufwertung

Im Reichstag gab es infolge des Vorstoßes der Linken am Samstag eine sehr ausgedehnte Aufwertungsdebatte. Der Antrag der Demokraten, der die unverzügliche Vorlegung des von der Regierung am 5. Februar zugesagten Aufwertungsgesetzes verlangt, wurde schließlich einstimmig angenommen, während der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der 3. Steuernotverordnung gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie selbst an den Aufwertungsaußschuß ging. Der Reichsjustizminister erklärte, die Regierung wolle nun bald mit ihrem Entwurf an die gesetzgebenden Körperschaften herantreten.

BRB. Berlin, 7. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Abg. Reil (Soz.) und Koch-Weiser (Dem.) die 3. Punkt auf der Tagesordnung stehenden Anträge zur Aufwertungsfrage an die erste Stelle noch vor dem Verkehrsausschuß zu setzen. Trotz Widerspruch des Abg. Lehrenbach (Zentr.) wird der Antrag mit 140 gegen 135 Stimmen angenommen.

Es kommt also zur ersten Beratung der demokratische Antrag auf unverzügliche Vorlegung eines neuen Aufwertungsgesetzes in Verbindung mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung.

Abg. von Nächstofen (Dem.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die am 5. Febr. feierlich gegebene Zusage der Reichsregierung, daß in spätestens drei Wochen das neue Aufwertungsgesetz kommen würde, nicht eingehalten worden sei. Die Aufwertungsfrage sei für die ganze Wirtschaft von so großer Bedeutung, daß sie nicht länger in der Schwebe bleiben dürfe. Das Volk verlange vom Reichstag, daß seine Parteien die Versprechungen erfüllen, die sie im Wahlkampf in der Aufwertungsfrage gemacht haben. Die Demokraten hätten in dieser Hinsicht niemals unerfüllbare Versprechungen gemacht.

Abg. Reil (Soz.) begründet den Antrag seiner Freunde und bemerkt dabei, dieser Antrag sei die Wiederholung jenes Antrages, den die Deutschnationalen vor einem Jahre gestellt, aber inzwischen zurückgestellt hätten. Vor einem Jahre wollten sich die Deutschnationalen als Oppositionspartei im Volke Anhang verschaffen durch Versprechungen in der Aufwertungsfrage. Sie machten die Aufwertungsfrage zur Wahlparole mit dem Erfolg, daß die Inflationssperre bei der Wahl den Deutschnationalen die meisten Mandate verschaffte.

Reichsjustizminister Frentzen: Die Reichsregierung hat seit der Zusage vom 5. Februar die Arbeiten zur Lösung der Aufwertungsfrage mit aller Energie gefördert, so daß der Gesetzentwurf in kürzester Frist vorgelegt werden kann (Wachen links, Juch: Wieviele Monate). Bei der ungewöhnlich großen wirtschafts- und rechtspolitischen Bedeutung dieser Frage hält sich die Reichsregierung aber für verpflichtet, den Gesetzentwurf den gesetzgebenden Körperschaften erst vorzulegen, nachdem sie die Gewißheit gewonnen hat, daß er in seinen Grundlagen von der Mehrheit dieses hohen Hauses getragen wird. Diese Gewißheit konnte bisher in dem nötigen Umfange noch nicht gewonnen werden (Heiterkeit links). Die Bemühungen werden unangeseht fortgesetzt, so daß die Vorlage nunmehr baldigt vorgelegt wird (Gelächter links). Zu dem Antrag der Sozialdemokraten kann die Regierung nur pflichtgemäß erklären, daß die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zu einem Chaos auf dem Gebiete des Rechts und der Wirtschaft führen müßte, und daß die Regierung die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht haben tragen können (Heiterkeit links).

Abg. Bergt (D.N.). Ich unterschreibe die Mahnungen des sozialdemokratischen Redners und erkläre, daß mich die Begründungen des Ministers für die Verzögerungen nicht befriedigt haben. Wenn die Sozialdemokratie fast wörtlich unseren Antrag abgeschrieben hat, so muß doch daran erinnert werden, daß die Sozialdemokraten ursprünglich im Aufwertungsaußschuß als Gegner aufgetreten sind. Jetzt sind sie plötzlich Freunde, ja sogar Fanatiker der Aufwertung geworden (Sehr richtig! rechts). Wir beantragen, den sozialdemokratischen Antrag dem Ausschuß zu überweisen, dem demokratischen Antrag stimmen wir zu.

Abg. Dr. Schetter (Zentr.) bedauert, daß sich die Einlösung des Regierungsversprechens so verzögert habe. Der sozialdemokratische Antrag diene offenbar nur agitatorischen Zwecken und sei unannehmbar.

Abg. Wunderlich (D.N.). Die von der Regierung angeführten Gründe für die Verzögerung der Frage könnte nicht als ausschlaggebend angesehen werden. Wenn die Regierung nicht schleunigst mit einer Vorlage kommt, werde der Ausschuß selbst eine solche einbringen. Der sozialdemokratische Antrag sei offenbar gar nicht ernst gemeint. Dem demokratischen Antrag werde die Partei zustimmen.

Nach dem Abg. Sölllein (N.), Jorries (Wirtsch. Vereinig.), Emminger (Wahr. Volkspartei) erklärte Abg. Dr. West (N.S.), er betrachte seinen bekannten Aufwertungsgesetzentwurf nur als Grundlage für die Ausschußberatungen und verlange keinesfalls, daß die Regierung diesen Entwurf in allen Einzelheiten übernimmt. Die dritte Steuernotverordnung sei das schlimmste Unrecht, das seit Jahrhunderten in der deutschen Geschichte begangen worden sei. Seit Jahrhunderten sei es in Deutschland üblich, daß Schulden nicht nach ihrem Nennwert, sondern nach der Kaufkraft des Betrages gelöst werden müßten. Bei dem jetzigen System werden gerade die wirtschaftlich stärksten Schuldner auf Kosten ihrer schwächeren Glaubiger begünstigt. Es kann nicht gebilligt werden, wenn große Unternehmungen ihren riesigen wertvollen Grundbesitz in der Goldflanz mit einer Mark abschreiben. Die für Amerika bestimmten Anleiheprospekte der Großindustrie geben ein wesentlich anderes Bild. So gibt die A.G. in einem solchen Prospekt ihren Maschinenbesitz mit 200 Millionen Mark an, während in dem Goldbilanz dafür nur 14,75 Millionen stehen.

Die dritte Steuernotverordnung führt zu ungeheuerlichen Zuständen. Anständigen Gesellschaften, die in der Lage und gewillt waren, ihre Gläubiger zu befriedigen, ist dies wiederholt von ihren Emissionsbanken mit Androhung einer Anzeige beim Konzern verboten worden. Eine andere Gesellschaft dagegen, die ihren Obligationen nur die 15 Prozent gewährte, hatte Geld genug, um in einem einzigen Jahre über 176 000 Mark an Zinsen zu verteilen (Hört, hört!). Die Steuerfrage ist nicht unlösbar. Wir haben alle den Krieg verloren, und es muß verlangt werden, daß die riesigen Gewinne, die einzelne Gesellschaften aus Kriegslieferungen und aus der Kreditpolitik der Reichsbank während der Inflationsdauer auf Kosten der Allgemeinheit eingehemmt haben, dem Steuerfiskus zugeführt werden.

Abg. Seifert (N.C.) begrüßt den Vorstoß der Sozialdemokraten und erklärt, er hätte sonst den gleichen Vorschlag eingebracht, um endlich einmal die großen Parteipolitiker zum Handeln zu zwingen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht soll zu einigen wegen der Aufwertung besorgten Großbankdirektoren geäußert haben, sie möchten sich nicht beunruhigen, wenn alles andere versage, so würde der Reparationsagent sein Veto einlegen (Hört, hört!).

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums verliest einen Brief des Reichsbankpräsidenten an den Reichsminister, in dem es heißt: „Die in dem Antrag Graf Reventlo und Genossen mir zugeschobene Äußerung ist in jeder Hinsicht frei erfunden (Heiterkeit links).“

Abg. von Nischhofen (Dem.) führt aus, man müßte erfahren, ob Dr. Weß oder Dergt die Deutschnationalen vertritt. Die Regierungserklärung sei unbefriedigend.

Der demokratische Antrag, der die Regierung ersucht, unverzüglich ein neues Aufwertungsgezet vorzulegen, wird einstimmig angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung vom 31. März und Ersatz durch ein Aufwertungsgezet wird auf Antrag der Deutschnationalen dem Ausschuss überwiesen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Ausschussüberweisung.

Für ein gegen den Reichsbankpräsidenten gerichteten Antrag der Nationalsozialisten erheben sich unter großer Heiterkeit nur die Antragsteller.

Darauf wird die Einzelberatung des Etats des Reichsvereinsministeriums und der Etat verabschiedet.

Am 16 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Gesetzentwürfe über den Termin der Reichspräsidentenwahl, über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und über die Übernahme der Beisetzungsstellen des Reichspräsidenten durch die Reichsliste.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß den 18.—16. März sitzungsfrei zu lassen. Ferner sollen die Plenarsitzungen ausfallen in der Woche vor den Reichspräsidentenwahlen vom 28.—30. März, einschließlich.

Politische Neuigkeiten

Die Tagung des Völkerbundrats

Aus Genf wird berichtet, es sei sehr wahrscheinlich, daß der Völkerbundrat sich schon morgen, Dienstag, 1919 bis Oktober 1923 Leiter der Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel war, daß der Vorsitzende des diktatorischen Ausschusses, Bösch, im Juni oder Juli 1919 telegraphisch mitteilte, daß auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers Schmidt ein Herr ihm ein außerordentlich günstiges Angebot von Lebensmitteln aus Holland unterbreiten wolle. Dieser Herr war Julius Varmat, der ihm Hülfsfrüchte und Getreide anbot, das im Preise wesentlich höher lag, als andere Angebote. Der Herr Meyer machte dem Reichsernährungsministerium von dieser Angelegenheit Mitteilung. Sein Eindruck von Varmat war außerordentlich schlecht. Er habe vor dem Besuche Varmats zu seinem Protokollisten gesagt, machen Sie den Geldschrank zu (Heiterkeit). Im September 1919 hätte ihn der Reichsminister a. D. Gustav Bauer zusammen mit Julius Varmat aufgesucht. Bauer habe geäußert: Sie sind die einzige Reichsliste, die trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht auf Geschäftsstelle mit diesem zu erörtern. Das Ergebnis der Angebote empfahlen. Er habe aber Geschäftsstelle mit Varmat abgelehnt. Varmat sagte ihm darauf, Sie scheinen den Eindruck zu haben, daß ich hinter den Angriffen gegen Hermes stehe, was er, Meyer, bejahte, worauf Varmat es ihm ausreden wollte. Der Herr Varmat, es habe sich bei den Angriffen gegen Minister Hermes um die Geschäftsführung des Ministers gehandelt, der den freien Handel wieder einführen wolle. Die Angriffe seien besonders von sozialdemokratischer Seite erfolgt. Der Zeuge glaubt, daß Varmat hinter den Angriffen gegen Hermes stand, weil er Varmat häufig mit Heimtumen gesehen hat und Varmat selbst ihm mitgeteilt habe, daß solche Angriffe erfolgen würden (Bewegung).

Der Zeuge Meyer, früher Leiter der Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle, bezeugt, es sei ihm ungewöhnlich erschienen, daß ein Abgeordneter kam, um eine Firma bei Einführen der Reichsliste zu empfehlen.

Der damalige Reichsernährungsminister Hermes bezeugt als Zeuge, Bauer habe ihn eines Tages gebeten, Varmat im Ministerium zu empfangen, um die Möglichkeit weiterer Geschäftsstelle mit diesem zu erörtern. Das Ergebnis der Angebote Varmats an einzelnen Reichslisten sei aber negativ gewesen. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß hinter den Angriffen gegen ihn Varmat stehe, habe diesem gegenüber aber stets große Zurückhaltung gezeigt.

Der Zeuge Kaufmann Hofmann, der von 1920—1922 Leiter des Zentralsekretariats der Reichsliste war, bezeugt, bei einigen Geschäften mit Varmat hätten sich Differenzen ergeben, worauf die Geschäftsverbindung gelöst worden sei. Bei einem Geschäft, bei dem eine bestimmte Kursklausel ausbedungen war, habe Varmat, als die Kurse ungünstig wurden, plötzlich nicht mehr geliefert. Varmat habe bei Geschäften, auf Grund seiner Lieferungscheine, Geld erhalten, habe aber erst später geliefert. Das ganze Geschäft sei der Reichsliste vom Wirtschaftsministerium nahe gelegt worden.

Der Zeuge, Regierungsrat Wevermann, der früher in der Reichsliste als Stellvertreter des Vorsitzenden tätig war, sagt aus, Direktor Bösch habe Varmat bei der Reichsliste empfohlen. Später sei Varmat einmal in Begleitung des damaligen Reichsministers Bauer im Ernährungsministerium erschienen und habe sich darüber beschwert, die Reichsliste schlicke ihn seit einiger Zeit offenbar systematisch von den Lieferungen aus. Als Hermes Reichsernährungsminister wurde, habe der Druck von oben ausgeht und die Reichsliste stelle die geschäftlichen Beziehungen zu Varmat ein. Wir hatten bei den Geschäften mit Varmat immer Bedenken, weil wir uns den Druck von oben nicht erklären konnten und nicht wußten, warum gerade eine unbetante ausländische Firma so große Aufträge bekomme. Außerdem forderte Varmat immer höhere Preise, als die Marktpreise lauteten.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Ruhr-entschädigungen konstituierte sich am Samstag nach Schluß der Vollziehung und wählte zum Vorsitzenden den Abg. von Einbeinern-Bildau (D.N.), zu seinem Stellvertreter den Abg. Nüssel (Soz.).

Zur Begegnung Chamberlain-Herriot

hat das französische Ministerium des Auswärtigen ein amtliches Communiqué ausgegeben, in dem es heißt:

„Staatssekretär Chamberlain und Ministerpräsident Herriot haben zweimal miteinander beraten, um die auswärtigen Probleme, die augenblicklich gestellt sind, zu besprechen, insbesondere aber das Sicherheitsproblem. Sie haben im Geiste vollkommener Herzlichkeit und mit dem Wunsche, praktische und wirkungsvolle Lösungen zu suchen, einen ersten Meinungsaustausch gehabt. Sie sind dahin übereingekommen, daß diesem Meinungsaustausch im Einverständnis mit den Alliierten diplomatische Verhandlungen folgen sollen. Chamberlain hat die Absicht, sich aus neue in Paris aufzuhalten, um eine neue Konferenz mit Ministerpräsident Herriot nach der Tagung des Völkerbundrates zu halten.“

Chamberlain hatte am Samstag und Sonntag noch eine Reihe weiterer Unterredungen und Konferenzen in Paris.

Die Unterredung der Finanzaffären

Im Reichswirtschaftsausschuss für die Varmat-Anti-Angellegenheit wurde am Samstag die Frage der Erteilung von Einfuhrbewilligungen für die Gebrüder Varmat verhandelt. Der Zeuge Schwon, derzeit Direktor der Reichsliste, bezeugt unter anderem: Die Reichsliste hätte auf Wunsch des Reichswirtschaftsministers gegen ihren Willen zweimal Geschäftsstelle mit der Amerima machen. Das erste dieser Geschäfte datiert vom Juni 1919. Nur 800 Kisten von den vertragsmäßig zu liefernden 15 000 Kisten wurden geliefert. Varmat bot dann nochmals 600 Kisten an. Es stellte sich aber heraus, daß die angebotene Ware vollständig verborben war. Schließlich wurde der Vertrag annulliert. 1920 mußte die Reichsliste auf ausdrücklichen Wunsch des Reichswirtschaftsministers ein zweites Geschäft mit Varmat abschließen. In einer Unterredung mit dem Direktor Bösch, dem Vorgesetzten des Reichswirtschaftsministers, Robert Schmidt, gemann der Zeuge Schwon den Eindruck, daß der Minister den Geschäftsabschluss mit Varmat wünsche, dessen Offerten mindestens 20 Prozent über den Preislisten zu dem überall gekauft werden konnte. Die Reichsliste hätte mit Varmat aus dem Grunde nichts zu tun haben, weil die Varmats und die Amerima in Holland boykottiert waren und Varmat nur aus zweiter oder dritter Hand kaufen konnte. Das Ministerium wurde auch ausdrücklich auf die zu teuren Preise Varmats hingewiesen. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß es Varmat nicht so sehr auf Warengeschäfte, als darauf ankam, mit den dafür zur Verfügung gestellten Akzepten einfach bloße Salutzuschüsse zu machen. Wenn Varmat in der Reichsliste aufsuchte, so wußten die Beamten, daß eine große Freundschaft hinter ihm stand. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob außer der direkten Beschwerde Varmats gegen den Zeugen einmal eine Beschwerde eingereicht worden sei, antwortet Schwon, ja, sowohl auf Veranlassung der sozialdemokratischen Pressekorrespondenz. Ich sollte den Minister beschimpfen haben. Diese Beschwerde konnte ich als Aacheit und Intrigue erweisen. Grüner, mein damaliger Protokollist, auf den die Beschwerde zurückzuführen war, wurde dann Regierungspräsident in Düsseldorf, jetzt in Merseburg. Im Zusammenhang mit den Bekundungen Schwons wird beschlossen, weitere Zeugen zu laden.

In der Nachmittagsitzung befindet der Kaufmann und Direktor Meyer aus Hamburg, der von April 1919 bis Oktober 1923 Leiter der Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel war, daß der Vorsitzende des diktatorischen Ausschusses, Bösch, im Juni oder Juli 1919 telegraphisch mitteilte, daß auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers Schmidt ein Herr ihm ein außerordentlich günstiges Angebot von Lebensmitteln aus Holland unterbreiten wolle. Dieser Herr war Julius Varmat, der ihm Hülfsfrüchte und Getreide anbot, das im Preise wesentlich höher lag, als andere Angebote. Der Herr Meyer machte dem Reichsernährungsministerium von dieser Angelegenheit Mitteilung. Sein Eindruck von Varmat war außerordentlich schlecht. Er habe vor dem Besuche Varmats zu seinem Protokollisten gesagt, machen Sie den Geldschrank zu (Heiterkeit). Im September 1919 hätte ihn der Reichsminister a. D. Gustav Bauer zusammen mit Julius Varmat aufgesucht. Bauer habe geäußert: Sie sind die einzige Reichsliste, die trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht auf Geschäftsstelle mit diesem zu erörtern. Das Ergebnis der Angebote empfahlen. Er habe aber Geschäftsstelle mit Varmat abgelehnt. Varmat sagte ihm darauf, Sie scheinen den Eindruck zu haben, daß ich hinter den Angriffen gegen Hermes stehe, was er, Meyer, bejahte, worauf Varmat es ihm ausreden wollte. Der Herr Varmat, es habe sich bei den Angriffen gegen Minister Hermes um die Geschäftsführung des Ministers gehandelt, der den freien Handel wieder einführen wolle. Die Angriffe seien besonders von sozialdemokratischer Seite erfolgt. Der Zeuge glaubt, daß Varmat hinter den Angriffen gegen Hermes stand, weil er Varmat häufig mit Heimtumen gesehen hat und Varmat selbst ihm mitgeteilt habe, daß solche Angriffe erfolgen würden (Bewegung).

Der Zeuge Meyer, früher Leiter der Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle, bezeugt, es sei ihm ungewöhnlich erschienen, daß ein Abgeordneter kam, um eine Firma bei Einführen der Reichsliste zu empfehlen.

Der damalige Reichsernährungsminister Hermes bezeugt als Zeuge, Bauer habe ihn eines Tages gebeten, Varmat im Ministerium zu empfangen, um die Möglichkeit weiterer Geschäftsstelle mit diesem zu erörtern. Das Ergebnis der Angebote Varmats an einzelnen Reichslisten sei aber negativ gewesen. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß hinter den Angriffen gegen ihn Varmat stehe, habe diesem gegenüber aber stets große Zurückhaltung gezeigt.

Der Zeuge Kaufmann Hofmann, der von 1920—1922 Leiter des Zentralsekretariats der Reichsliste war, bezeugt, bei einigen Geschäften mit Varmat hätten sich Differenzen ergeben, worauf die Geschäftsverbindung gelöst worden sei. Bei einem Geschäft, bei dem eine bestimmte Kursklausel ausbedungen war, habe Varmat, als die Kurse ungünstig wurden, plötzlich nicht mehr geliefert. Varmat habe bei Geschäften, auf Grund seiner Lieferungscheine, Geld erhalten, habe aber erst später geliefert. Das ganze Geschäft sei der Reichsliste vom Wirtschaftsministerium nahe gelegt worden.

Der Zeuge, Regierungsrat Wevermann, der früher in der Reichsliste als Stellvertreter des Vorsitzenden tätig war, sagt aus, Direktor Bösch habe Varmat bei der Reichsliste empfohlen. Später sei Varmat einmal in Begleitung des damaligen Reichsministers Bauer im Ernährungsministerium erschienen und habe sich darüber beschwert, die Reichsliste schlicke ihn seit einiger Zeit offenbar systematisch von den Lieferungen aus. Als Hermes Reichsernährungsminister wurde, habe der Druck von oben ausgeht und die Reichsliste stelle die geschäftlichen Beziehungen zu Varmat ein. Wir hatten bei den Geschäften mit Varmat immer Bedenken, weil wir uns den Druck von oben nicht erklären konnten und nicht wußten, warum gerade eine unbetante ausländische Firma so große Aufträge bekomme. Außerdem forderte Varmat immer höhere Preise, als die Marktpreise lauteten.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages für die Ruhr-entschädigungen konstituierte sich am Samstag nach Schluß der Vollziehung und wählte zum Vorsitzenden den Abg. von Einbeinern-Bildau (D.N.), zu seinem Stellvertreter den Abg. Nüssel (Soz.).

Eine Obergebärdnissfeier in München veranstalteten am Samstagabend der sozialdemokratische Verein, die Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-rot-gold in der Turnhalle. Die Gebendred hielt der Arbeitersekretär Franz Schmitt. Nach der Feier versammelten sich die Teilnehmer zu einem Trauerfahelzug, an dem 15 000 Personen teilnahmen. Die Benutzung der Freitreppe zur Babaria zur Aufstellung der Sänger und Bannerträger des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, war im letzten Augenblick von der Kronungverwaltung verboten worden. Der Platz war daher von Landespolizei abgesperrt. Nach Abingen eines Liedes durch Arbeiterchöre und dem Zusammenwerfen der Fahnen wurden noch zwei kurze Ansprachen gehalten. Zwischenfälle ereigneten sich während der Feier vor der Babaria nicht.

Gebärdnissfeiern für Ebert in London. In der deutschen evangelischen Christuskirche sowie in der deutschen katholischen Bonifatiuskirche fanden am Sonntag eindrucksvolle Trauerfeiern für den verstorbenen Reichspräsidenten statt. Bei der Feier in der Christuskirche war der König durch den Lordkammerherrn Earl of Cromer vertreten. Der Marschall des diplomatischen Korps, Vertreter des Foreign Office und fast sämtliche Vertreter der fremden Mächte wohnten der Feier bei, ebenso der deutsche Botschafter Sthamer mit Mitgliedern der deutschen Botschaft.

Kurze Nachrichten

Gefühllichkeit Herrichts für Ausland. Auf einem Festessen zur Eröffnung der Lyoner Messe, an dem der Sowjetbotschafter Krassin teilnahm, hielt der französische Ministerpräsident Herriot eine Rede, in der er Krassin als den Vertreter eines großen, edlen und tapferen Volkes begrüßte. Herriot fügte fort: Ich erinnere bei dieser Gelegenheit daran, daß, als der große Krieg erklärte wurde, viele Russen sich erhoben, um das angegriffene Frankreich zu retten. Derartige Erinnerungen schaffen zwischen zwei Völkern unzerstörbare Bande, und ich bitte Sie, Herr Botschafter, diesen meinen Gruß Ihren Landsleuten mit der ganzen Zuneigung Frankreichs zu übermitteln.

Der Prager Sabot. Das Kriegsgericht von Orleans hat nunmehr bestimmt, daß gegen den ehemaligen französischen Hauptmann Saboul, der aus Moskau zurückgekehrt und wegen Desertation vor dem Feinde zum Tode verurteilt worden war, am 31. März aufs neue verhandelt werden wird. Für den Prozeß sind zehn Tage vorgesehen.

Die belgischen Kammerneuwahlen werden am 27. April stattfinden.

Eisenbahnerstreik in Griechenland. Die Agentur „Gonos“ berichtet aus Athen: Seit Samstag Vormittag ist der Generalstreik auf sämtlichen griechischen Eisenbahnen ausgebrochen.

Badischer Teil

Der Hagenschiefprozess

Dr. Karlsruhe, 7. März.

In Fortsetzung seiner Ausführungen als Sachverständiger erklärt Verwaltungsdirektor Kampff von der Holzbergschneiderei, von einem Regiebetrieb hätte er, wenn er befragt worden wäre, der Stielungs- und Landbank abtraten müssen. Er habe übrigens nie von einem neuen Sägewerk, sondern lediglich vom Ausbau des Starckischen Sägewerks gehört. Die Art, wie dann die Maschinen und Gatter aufgestellt worden seien, hält der Sachverständige betriebstechnisch für korrekt und eine rationelle Ausnutzung der Anlage für ausgeschlossen. Zeuge Wetterer gibt auf Verfragen an, daß man nicht versuche habe, einen außenstehenden Sachverständigen heranzuziehen, weil ja Herr Sonneke da war. Dieser bestritt, daß er mit dem Ausbau des Starckischen Sägewerks irgend etwas zu tun hatte.

Angell. Detert erklärt, daß man beim Ausbau immer neuen Bauschneiderei Rechnung tragen mußte. Er weicht sich gegen den Eindruck, als ob nur Detert als ein Werk gearbeitet hätten. Darauf wird Fabrikdirektor Henrich benommen, der zu Weihnachten 1920 das Amt des Liquidators übernahm. Er habe ungläubige Zustände angetroffen. Der von einer Mannheimer Treuhändergesellschaft zum 1. Oktober aufgestellte Status war objektiv richtig, aber falsch, weil die Unterlagen unzulänglich waren. Der Status sprach von 27 Millionen Passiva und 17 Millionen Aktiva; eine Überschuldung lag jedenfalls vor. Mit wenig Ausnahmen sei ein unfähiger Beamtenstab vorhanden gewesen. Das Unternehmen hätte man unter keinen Umständen mehr halten können. Der Verlust sei inzwischen auf drei Millionen herabgedrückt worden. Einziger Gläubiger ist der Staat, der zudem Arons u. Walter aufgefunden mußte. Die Gesellschaft, Städte usw. gehen ihrer Ansprüche verlustig, da eine Ersatzpflicht des Staates nicht vorliegt. Auch wenn die rückläufige Holzkonjunktur nicht gekommen wäre, hätte man den Zusammenbruch bei der wirtschaftlichen Art der Geschäftsführung nicht aufhalten können. Der Liquidator hat viel Holz nach Holland und der Schweiz verkauft und dafür Devisen erhalten. Dadurch, daß er diesbezügliche entgegen der Meinung des Ausschusses zurückbehielt, habe er einen Gewinn erzielt, der dem Staate zugute kam.

Es sei ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel zwischen dem Zeugen und der Verteidigung ein, hauptsächlich über die Bilanz, welche der Süddeutschen Treuhändergesellschaft zu Grunde lag. Die Anwälte verweisen u. a. auf eine gewisse Gegenständigkeit zwischen Stielungs- und Landbank und Henrich, als dieser die Betriebsstelle leitete. Er habe der Abgabe von Holz an die Bank Schwierigkeiten bereitet bis das Ministerium eingriff. Zeuge Henrich gibt an, daß er einen direkt abtretenden Standpunkt einnahm, da er von Anfang an Mißtrauen gegen die illusionistischen Pläne hatte.

Darauf erlittete Oberforstmeister Spitzmüller sein Gutachten über den Holzfallbetrieb, der wenig aber gar keine Sachkenntnis besaß. Es hat der praktisch erfahrene Forstmann gefehlt, nicht minder das geschulte arbeitsfreie Holzgewerpersonal. Die in Frage kommende Holzmenge betrug rund 43 000 Festmeter. Der durch das lässige Schlagen angeordnete Schaden läßt sich nur schweu rabschätzen. Der Sachverständige rednet mit einem Minimum von 600—700 Festmetern auf diese Weise verlorener Holzmenge. Er äußert sich ferner über die Anordnung im Waldbetrieb, die keineswegs auf die Windfälle zurückgeführt werden könne. Die Schuld liege daran, daß man das ordnungsgemäße Schließen unterließe und so die Stämme nebeneinander und durcheinander zu liegen kamen. Der Holzschlag war übertrieben und wunderbar. Auch das Brennholz entsprach nicht den Anforderungen. Es handelt sich um 6164 Sters, für die infolgedessen statt 28 000 Mark nur 173 000 Mark erzielt wurden. Dies wäre verhütet worden, wenn man das Holz sachgemäß an die Wege gebracht hätte. Außerdem wurden im Zusammenhang ungewöhnlich hohe Fuhr- und Arbeitslöhne bezahlt. Den Arbeitslosen muß, wie der Zeuge zeigte, ein Paradies vorgeschwieben haben. Was an Fuhr- und Arbeitslohn bezahlt wurde, fand seine Auswirkung in den gesteigerten Holzpreisen. Der Sachverständige berechnet für die Stückprengungen auf der geraden Fläche von 56 Hektar eine Sprengstoffmenge

von 19 600 Kilo, für die ganze Fläche 44 000 Kilo. Das sind per Hektar 350 Kilo. Die Siedlungs- und Landbank hat aber 800 Kilo in Ansatz gebracht und demzufolge ein Mehr an Sprengstoffen von 110 000 Kilo beschafft. Die rund 250 000 Kilo hätten genügt, um die ganze Fläche mit 550 Hektar auszurüden.

Angell. Abele erklärt auf Befragen, daß er von Anfang an darauf gedrängt habe, daß für den Holzfallbetrieb ein mittlerer Fortschritt zur Verfügung gestellt wird. Aus dem Staatsdienst hätte er niemanden erhalten können und sich deshalb nach anderen Personen umgesehen. Damit sind die allgemeinen Erwiderungen erledigt.

Nach einer kurzen Pause wird in die Besprechung der einzelnen Anlagepunkte eingetreten.

Um 2.30 Uhr wird die Weiterverhandlung auf Montag 8.30 Uhr festgesetzt.

OB. Karlsruhe, 9. März.

Zu Beginn der heutigen 1. Verhandlung entspinnt sich ein Streit um die Zulassung des Berliner Ingenieurs Dobbert als Sachverständigen. Der Antrag der Verteidigung wird abgelehnt und dann das Verhör der Angeklagten fortgesetzt.

Abele erklärt: Im Krieg war ich landwirtschaftlicher Sachverständiger beim Oberkommando C. Gelegentlich einer Reise nach Karlsruhe erfuhr ich von dem Bedarf der Landwirtschaftskammer an Koppel- und Stadeldkraft. Mein Hilfs-offizier Kögler nannte mir den Namen Honnef in Diedenshofen, den ich auch kannte. Ich ging hin und habe eine Drahtlieferung von 2-3 Waggons für die L-Kammer abgeschlossen, wofür mir eine fest ausgemachte Provision von 2000 Mark zufließt. Honnef befähigt diese Darstellung und bemerkt, daß das Geschäft für ihn sehr verlustbringend gewesen sei. Eine Zahlungsüberweisung der Kammer, sowie ein Wagon seien von den Franzosen beschlagnahmt worden. — Trotz dieses Schadens und des Umstandes, daß noch nicht alle Rechnungen beglichen waren, haben Sie im Oktober 1919 an Abele 2000 Mark bezahlt: Es sind dies bei einem Umsatz von 19-20 000 Mark 10 Prozent, also eine reichliche Vergütung. Zeuge Weidnermeister Kögler bezeugt, daß in der Unterredung mit Honnef von einer Provision für Abele gesprochen worden sei. Er selbst habe keine Provision erhalten, er wolle auch nicht warum. Oberbauminister Reffen von der Landwirtschaftskammer äußert sich über die Lieferung einer Feldbahn durch Honnef, mit der man sehr zufrieden war, auch soweit der Preis in Frage kam. Der der Bauabteilung zugeteilte Abele machte auf Honnef aufmerksam. Man hat natürlich auch sonst Offerten eingeholt. Die Beschaffung des Materials war damals ungemein schwierig.

Zeuge Direktor Müller von der Landwirtschaftskammer hat nichts davon gewußt, daß Honnef durch Abele auf dem Laufen gehalten wurde. Er würde sich darüber gewundert und den Beamten zur Rede gestellt haben. — Vorsitzender: Sonst nichts? Ich hätte ihn entlassen. Zeuge: Ich würde nach den Motiven forschen und danach meine Schlüsse gezogen haben. Der Angeklagte Detert ruft Bravo und wird dafür gerügt. Die Anklage wird Abele weiter vor, daß er von Honnef zweimal 5000 Mark erhalten habe. Abele bestreitet dies. Honnef erklärt, dazu keine Angaben machen zu können. Der Vorsitzende hält Honnef entsprechende Bucheinträge vor, worauf Honnef zugibt, daß Abele das Geld bekommen haben muß, dazu ein Hochzeitsgeschenk für seine Frau. Abele wiederholt, daß er nichts von den Beträgen wisse. Vorsitzender: Wer sagt nun die Unwahrheit?

Ausbildung von mittleren Beamten der Wasser- u. Straßenbauverwaltung a. bad. Staatsstechnikum

Zu der unter dieser Überschrift am 4. März erschienenen Mitteilung sei darauf hingewiesen, daß es am Schluß heißen muß:

Mit dem Winterhalbjahr 1925/26 wird am Staatsstechnikum ein weiterer neuer Lehrgang für Kulturtechniker (einschließlich Straßen- und Dammeister) eingerichtet werden, der nach einem gemeinsamen Unterbau von 3 Halbjahren mit dem 4. Kursus beginnt und mit einer Staatsprüfung am Ende des 6. Kursus seinen Abschluß findet.

Badisches Landestheater

Freitag, den 13. März. * Th.-Gem. 6401-6500, 601 bis 800. Der böse Geist Lumpacivagabundus oder Das liebliche Kleeblatt. 7 bis 10 Uhr. (4.80 M.)

Sonntag, den 14. März. * C 19; Th.-Gem. 5601-6000. Zum erstenmal: Der arme Vetter, Drama von Ernst Tschad. 7 bis gegen halb 11 Uhr. (4.80 M.)

Sonntag, den 15. März. * Th.-Gem. 801-1000, 1801 bis 1500, 2001-2100. Reuigstudiert: Maurer und Schlosser, Oper von Kuber. Halb 7 bis nach 9 Uhr. (8 M.)

Montag, den 16. März. Th.-Gem. 3701-4000 und 1. Sond. Or. 8. Sinfonie-Konzert des Badischen Landestheater-Orchesters. Leitung: Staatskapellmeister Alfred Lorenz. Solist: Prof. Paul Weingarten-Wien (Klavier). Russischer Abend. Werke von Bachmaninoff, Tschaiowsky, Musorgsky und Rimski-Korsakow. Halb 8 bis nach 9 Uhr. (4.60 M.)

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	9. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.54	167.96	167.59	168.01
Kopenhagen 100 Kr.	75.21	75.39	75.11	75.29
London . . . 100 £.	17.21	17.25	17.16	17.20
London . . . 1 Pf.	20.01	20.02	20.00	20.05
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.79	21.85	21.74	21.80
Schweiz . . . 100 Fr.	80.72	80.82	80.69	80.89
Wien 100 Schilling	59.10	59.30	59.10	59.30
Prag . . . 100 Kr.	12.45	12.49	12.44	12.48

Stellung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger
Bekanntmachung

Apothekenstationen.

In Änderung der Bekanntmachung vom 8. März 1921 wird mit Wirkung vom 1. April 1925 die Apothekenstationen übertragen:

- für die Kreise Freiburg, Konstanz, Lörrach, Offenburg, Müllingen und Waldshut dem Vorstand der Apotheke des Akademischen Krankenhauses Dr. Weiß in Heidelberg,
- für die Kreise Baden, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Mosbach dem Apotheker Kessel in Freiburg.

Karlsruhe, den 28. Februar 1925
Der Minister des Innern
Remmele.

Bekanntmachung

Sammlung des Caritasverbandes für die Erzbischöfliche Freiburg zum Aufbau des Jugendberufshilfsheims Jägermatte.

Die dem Caritasverband für die Erzbischöfliche Freiburg E. V. in Freiburg, Belfortstraße 20, erteilte Genehmigung zur Vornahme von Sammlungen in Baden zum Wiederaufbau des abgebrannten Jugendberufshilfsheims Jägermatte wird bis zum 1. Juli 1925 verlängert. Sammlungen von Haus zu Haus dürfen nicht stattfinden.

Karlsruhe, den 28. Februar 1925
Der Minister des Innern
Remmele.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden. 3.969
Handelsregistereintrag
Abt. B Band I O.-Z. 2:
Firma Fabrik Stalsberg
Deutsche Rückversicherungs-
Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung in Oos.
Der Geschäftsführer Karl
Friedrich in Berlin hat
sein Amt niedergelegt.
Die Profutura der Herren
Richard Weidemann, Emil
Kanner, Ernst Kollmar u.
Edwin Witter ist erlos-
chen.
O.-Z. 55: Firma Ap-
aratebau-Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Oos. Kaufmann Raul
Schramm in Leipzig hat
sein Amt als Geschäfts-
führer niedergelegt, an
seiner Stelle ist der Bank-
beamte Otto Kluge in
Leipzig zum Geschäftsführer
bestellt.
O.-Z. 66: Firma Auto-
Handels-Gesellschaft, A-
ktiengesellschaft in Baden-
Baden. Durch Aufsichtsrats-
beschluss vom 28. Janu-
ar 1925 ist Kaufmann
Gans Bordon in Baden-
Baden zum weiteren Vor-
standsmitglied bestellt.
Baden, 20. Febr. 1925.
Der Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Baden. 3.970
Handelsregistereintrag
Abt. B Band I O.-Z. 52:
Firma Sägewerk Baden-
Baden, Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung in Ba-
den-Baden. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 6.
Februar 1925 wurden die
§§ 5, 13 Ziffer 1, 2 und
4 und 14 Ziffer 5 des Ge-
sellschaftsvertrages geän-
dert. Nach dem gleichen
Beschluss beträgt das
Stammkapital nunmehr
100 000 Reichsmark.
O.-Z. 79: Firma Kies-
werk und Baustoffindustrie
Baden-Baden. Durch Ge-
sellschafterbeschluss vom 6.
Februar 1925 wurden die
§§ 5, 6, 13 Ziffer 5 und
20 Absatz 1 des Ge-
sellschaftsvertrages geän-
dert. Nach dem gleichen
Beschluss beträgt das Stamm-
kapital nunmehr 60 000
Reichsmark.
O.-Z. 88: Firma Voll-
weberei Spiegel & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Baden-
Baden. Durch Gesellschafter-
beschluss vom 5. Dezem-
ber 1924 wurden die §§ 4
und 15 des Gesellschafts-
vertrages geändert. Nach
dem Umstellungsbeschluss
vom gleichen Tag beträgt
das Stammkapital nun-
mehr 100 000 Reichsmark.
Baden, 19. Febr. 1925.
Abt. Amtsgericht I.

*Tag und Nacht
betriebsbereit*

sind
automatische

„Driteg“
Fernsprech- und
Signalanlagen

Ausführung durch
Mannheimer Privat Telefon Ges.
m. b. H. Mannheim N 5, 11
Tel. 1552, 996

Badische Telefon Gesellschaft m. b. H.
Karlsruhe, Tel. 4982, Gartenstr. 4

Schwarzwälder Telefon Gesellschaft.
Freiburg, Tel. 2196, Thurnsstr. 51

Südbadische Telefon Gesellschaft
Konstanz, Tel. 1004
Bahnhofplatz 10



Börsberg. 3.983
Handelsregister A O.-
Z. 143: Sally Siegel, Ein-
sigelheim. Inhaber: Vieh-
händler Sally Siegel in
Eubigheim (nur Viehhand-
lung).
Börsberg, 6. März 1925.
Das Amtsgericht.

Bühl. 3.992
Handelsregistereintrag
Abt. A Band II O.-Z. 15:
Firma Julius Keller &
Co. in Bühl. Als persön-
lich haftende Gesell-
schafter sind mit Wir-
kung vom 1. Jan. 1925 in
die Gesellschaft weiter ein-
getreten: Ludwig Speie-
rer, Student und Maria
Speierer, ledig, beide zur-
zeit in Freiburg.
Bühl, 22. Febr. 1925.
Amtsgericht.

**Durlach. Handelsregister
B. Eingetragen 8. März
1925 zu Firma: C. Ber-
müller, Metallwarenfabrik
G. m. b. H., Durlach: Das
Stammkapital ist auf
R. 24000 umgestellt u. der
Gesellschaftsvertrag in § 2
entsprechend der Umstel-
lung des Stammkapitals,
ferner in § 3 (Geschäfts-
jahr) und § 9 (Höhe des
Reservefonds) geändert.**

**Durlach. Handelsregister
A. Eingetragen 4. März**

**1925 zu Firma: Oskar
Wipfler, Elektro-Installa-
tion in Nöhligen: Die
Firma ist erloschen.**
Amtsgericht. 3.998

Karlsruhe. 3.994
Handelsregistereinträge
vom 27. Februar 1925:

- Max Schellberg &
Co., Aktien-Gesellschaft in
Karlsruhe. Auf Grund
des Generalversamm-
lungsbeschlusses vom 29.
Dezember 1924 ist das
Grundkapital infolge Um-
stellung auf 80000 Reichs-
mark ermächtigt, eingeteilt
in 4000 auf den Inhaber
lautende Stammaktien
über je 20 Reichsmark u.
der Gesellschaftsvertrag in
den §§ 3 (Grundkapital),
11 (Vergütung des Auf-
sichtsrats) geändert.
- Stahler & Wender,
Aktien-Gesellschaft, Karls-
ruhe. Auf Grund des Be-
schlusses der Generalver-
sammlung vom 29. No-
vember 1924 wurde das
Grundkapital infolge Um-
stellung auf 40000 Reichs-
mark ermächtigt, eingeteilt
in 1750 Stammaktien und
250 Vorzugsaktien über je
20 Reichsmark, alle auf
den Inhaber lautend. Die
Vorzugsaktien haben 7-faches
Stimmrecht und dür-
fen nur mit Genehmi-
gung des Aufsichtsrats u.
Vorstands veräußert wer-
den. Der Gesellschaftsver-
trag wurde in § 3 (Grund-
kapital) geändert.
- Oberlo, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 27.
Januar 1925 wurde das
Stammkapital infolge Um-
stellung auf 5000 Reichs-
mark ermächtigt und dem-
gemäß der Gesellschafts-
vertrag in § 5 sowie in § 2
geändert. Hiernach ist
nunmehr Gegenstand des
Unternehmens: Der Groß-
handel mit Lebensmitteln,
Schokolade und Zuckern,
sowie die Fabrikation von
Nähmitteln aller
Art.
- Rheinische Industrie-
gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe.
Durch Gesellschafterbe-
schluss vom 28. Januar
1925 wurde das Stamm-
kapital auf 20 000 Reichs-
mark umgestellt und dem-
gemäß der Gesellschafts-
vertrag in den §§ 3 und 5
geändert. Hiernach ist
nunmehr Gegenstand des
Unternehmens: Die Ver-
waltung und Verwertung
des Fabrikations-Indu-
striestrafes Nr. 43,
Grundbuch Mannheim Bd.

**DARMSTÄDTER UND
NATIONALBANK**
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

DN

Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark

FILIALE KARLSRUHE I. B.
Am Marktplatz

**Eröffnung von provisionsfreien Konten / Sparanlagen
bei günstiger Verzinsung / Ausführung aller
bankmäßigen Geschäfte**

